

Antrag

der Abgeordneten Florian Toncar, Burkhardt Müller-Sönksen, Harald Leibrecht, Dr. Werner Hoyer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Dirk Niebel, Detlef Parr, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Menschenrechtslage in Tibet verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Beginn der Proteste von Tibetern für die Durchsetzung ihrer religiösen und kulturellen Autonomierechte am 10. März 2008 sind die Augen der Öffentlichkeit auf das so genannte Dach der Welt gerichtet. Die gewaltsame Unterdrückung der tibetischen Demonstrationen vor den Olympischen Spielen in Peking im August 2008 hat der Lage der Tibeter neue Brisanz verliehen. Seit dem bewaffneten Volksaufstand der Tibeter von 1959 wurden ihre Proteste für religiöse und kulturelle Autonomierechte immer wieder im Keim erstickt. Trotz der Verankerung der Autonomie- und Minderheitenrechte der Tibeter in der chinesischen Verfassung, wird die tibetische Bevölkerung in der Ausübung ihrer kulturellen und religiösen Bräuche behindert. Ihre Rechte werden somit nicht in vollem Umfang umgesetzt. Insbesondere die Bildungschancen der tibetischen Bevölkerung sind noch immer deutlich zu schlecht. Um ihren Einfluss in der Region zu stärken, siedelt die chinesische Regierung zudem gezielt Han-Chinesen in den tibetischen Gebieten an.

Der Deutsche Bundestag hält Gespräche von Repräsentanten der staatlichen Organe Deutschlands mit dem Dalai Lama, der das Prinzip der Gewaltfreiheit zu einem seiner Leitgedanken gemacht hat, für richtig. Die aktuelle Lage in Tibet war auch Thema bei der Europareise des Dalai Lama im Jahr 2007, während der auch ein Treffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel stattfand. Bereits 1995 hatte der liberale Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel als erstes Mitglied einer Bundesregierung das geistliche Oberhaupt der Tibeter zu einem Gespräch empfangen.

Die Olympischen Spiele sind ein Sportereignis. Das kann aber kein Grund sein, über Menschenrechtsverletzungen hinwegzusehen. Ein Boykott der Wett-

kämpfe würde die Sportler treffen, ohne die Lage in Tibet zu verbessern. Die Spiele in Peking bieten gerade die Chance auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation unter dem Einfluss der Berichterstattung und einer breiten öffentlichen Aufmerksamkeit. Diese Chance muss von allen Beteiligten beherzt ergriffen werden. Deshalb sind politische Signale von Sportlern, dem IOC, Politikern, Journalisten, Sponsoren und nicht zuletzt auch von Besuchern, die sich auf die Menschenrechtslage beziehen, zu begrüßen.

II. Der Deutsche Bundestag unterstützt einen konstruktiven Dialog zwischen der Bundesregierung und der Regierung der Volksrepublik China und fordert die Bundesregierung auf,

1. darauf hinzuwirken, dass die Regierung der Volksrepublik China einen Dialog mit dem Dalai Lama führt und dadurch auf eine Entschärfung der Lage in Tibet hinarbeitet;
2. sich dafür einzusetzen, dass die religiöse und kulturelle Autonomie Tibets als Bestandteil der Volksrepublik China anerkannt und vollständig umgesetzt wird, wie in der chinesischen Verfassung festgelegt;
3. darauf hinzuwirken, dass der Dalai Lama von der Regierung der Volksrepublik China als religiöses und kulturelles Oberhaupt der Tibeter akzeptiert und ihm der Aufenthalt in China gestattet wird;
4. sich dafür einzusetzen, dass die bei den Unruhen festgenommenen Tibeter nach allgemein anerkannten Menschenrechtsgrundsätzen behandelt und Einschüchterungsmaßnahmen wie flächendeckende Hausdurchsuchungen unterlassen werden;
5. innerhalb des Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialogs die Tibetfrage kontinuierlich anzusprechen;
6. bei den Regierungsgesprächen weiterhin mit Nachdruck die Problematik des verschwundenen tibetischen Panchen Lama (Gedhun Choekyi Nyima) anzusprechen und darauf zu drängen, dass die Volksrepublik China eine den Vorschriften der tibetischen Religion entsprechende Nachfolge des Dalai Lama zulässt;
7. nach der Unterzeichnung auch auf die Ratifizierung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) durch die Volksrepublik China hinzuwirken;
8. darauf hinzuwirken, dass die Einschränkungen der Pressefreiheit für alle Journalisten aufgehoben werden und sich dafür einzusetzen, dass Journalisten, Berichtersteller und Diplomaten freien Zugang zur Autonomen Region Tibet und zu den Gebieten, in denen Tibeter beheimatet sind, erhalten;
9. sich dafür einzusetzen, dass während der Olympischen Spiele friedliche politische Äußerungen von Besuchern und Teilnehmern nicht behindert werden;
10. darauf hinzuwirken, dass die Olympischen Spiele wie 2001 vom Vizepräsidenten des Pekinger Organisationskomitees, Wang Wie, vor der Vergabe versprochen, dazu genutzt werden, die Menschenrechtslage zu verbessern.

Berlin, den 9. April 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion